



Jugend im Parlament Resolutionen 1992

AusländerInnen

In der Bundesrepublik Deutschland eskaliert eine Welle der Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer, die hier um Asyl ersuchen. Ausländerinnen und Ausländer sind nicht die Ursache für diese Entwicklung. Sie sind zu Unrecht Opfer der Gewalt.

Wir sehen die Ursachen der Gewalt in der Perspektivlosigkeit, von der viele, auch junge Menschen betroffen sind. Ihnen müssen durch gezielte Maßnahmen in der

- Wirtschaftspolitik,
- Beschäftigungspolitik und
- Bildungspolitik

Chancen in der Gesellschaft gegeben werden, die es ihnen ermöglichen, gewaltfrei ihr Leben zu gestalten.

Wir halten eine Diskussion um eine Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz für gänzlich verfehlt. Es werden mit einer Änderung keine Probleme gelöst. Die Parteien haben mit ihrer unsachlichen Debatte um sogenannte Wirtschafts- und Scheinasylanten das Klima gegen Ausländerinnen und Ausländer angeheizt.

Vielmehr muß über die Fluchtursachen gesprochen werden und müssen endlich Initiativen ergriffen werden, die zu einer gerechten Weltwirtschaft führen und Fluchtursachen beseitigen. Die westlichen Industrieländer sind wegen ihrer unverantwortlichen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik für die Armut in der Welt verantwortlich. Wenn wir eine gerechte Umverteilung des Wohlstandes in der Welt wollen, müssen wir bereit sein, Abstriche in unserer Lebensführung zu machen.

Wir wollen eine geregelte Einwanderung, die das Asylverfahren für Flüchtlinge entlastet. Aufgabe der Regierung muß es sein, den Einreisewilligen eine Lebensperspektive zu bieten (Wohnungen, Arbeit, Ausbildung). Die Regelung der Einwanderung muß mit der Beteiligung der Betroffenen geschehen.

Gleichzeitig soll ein Asylrecht geschaffen werden, das unter Beibehaltung der Möglichkeit, den Rechtsweg in Anspruch zu nehmen, den Flüchtlingsbegriff soweit erweitert, daß auch Flüchtlinge, die wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft und ihrer Religion verfolgt werden, Asyl erhalten.

Wir fordern, daß alle im Bundesgebiet lebenden Menschen das Recht auf freie Berufswahl und soziale Sicherung bekommen (Streichung des § 19 AFG).

Wir wollen, daß Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge an dem Asylverfahren vorbei Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland finden (durch ein Flüchtlingsgesetz).

Wir verurteilen das Verhalten der Eltern, die erstmalig in Ohlstedt gegen die Aufstellung von Unterkünften auf dem Schulhof gekämpft haben. Solches Verhalten fördert Vorbehalte gegen AusländerInnen und ist einer Integration nicht dienlich. Ihm ist nicht nachzugeben. Wir fordern die Hamburger Schülerinnen und Schüler auf, sich gegen Rassismus zu wehren und für Integration einzusetzen.

Eine doppelte Staatsangehörigkeit muß ermöglicht werden. Das allgemeine Wahlrecht hat auch für Einwanderer zu gelten.

Wir fordern, daß schon in den Hamburger Schulen über Fluchtursachen aufgeklärt wird, der Gleichheitsgrundsatz aller Menschen betont wird und ein offenes und tolerantes Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern gefördert wird. Hierzu sollen Integrationsklassen zur Pflicht für alle Schulen werden (wenn nötig Änderung des Schulgesetzes).

Wir verurteilen das Verhalten vieler Massenmedien, die die Eskalation bis zur Gewalt geschürt haben. Flucht ist keine Sensation.

Wir wollen, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland sich mit einer Einwanderungsgesellschaft identifizieren kann, daß Haß und Gewalt keine Chance haben!

Gewalt

Die Gewalt stellt heute ein gesamtgesellschaftliches Problem mit verschiedensten Erscheinungsformen dar.

Wir haben uns an konkreten Beispielen mit Ursachen und Formen für die derzeitige Gewaltbereitschaft auseinandergesetzt.

Bei unserer Diskussion haben sich folgende Erscheinungen von Gewalt als besonders wesentlich herausgestellt:

- Gewalt in der Familie
 - Gewalt gegen Kinder, wobei sich die Formen in
 - sexuellen Mißbrauch,
 - körperliche und seelische Mißhandlung,
 - Vernachlässigung

aufteilen lassen.

- Gewalt gegen den/die PartnerIn. Dies äußert sich z. B. im
 - Schlagen,
 - Vergewaltigen und Unterdrücken des Partners/der Partnerin.

Diese körperliche Gewalt richtet sich zum überwiegenden Teil, zu über 90 Prozent, gegen Frauen. Gerade die Vergewaltigung wird von den männlich dominierten Gerichten nach wie vor als Kavaliersdelikt mit milden Strafen „abgeurteilt“. Vergewaltigung in der Ehe steht sogar gar nicht unter Strafe. Da die Straftaten im Vergleich zu anderen Vergehen, z. B. Diebstahl oder Körperverletzung, zu niedrig abgeurteilt werden, sind die Sexualstrafmaßen zu verschärfen.

- Gewalt gegen Minderheiten, die sich in allen Lebensbereichen äußert, z. B.:
 - gegen AsylbewerberInnenheime und AusländerInnen allgemein,
 - persönliche Angriffe auf der Straße,
 - in der Schule oder am Arbeitsplatz,

um nur einige Formen der Gewalt zu nennen.

Ursachen der Gewaltbereitschaft

Der Ausschuß vermutet, daß erst ein Zusammenwirken verschiedener Ursachen einen gewaltbereiten Menschen tatsächlich gewalttätig werden läßt:

1. Schwächung des Selbstwertgefühls:

- zunehmend Schwächung der gesellschaftlichen Stellung,
- durch Medien dargestelltes „Helden“-Bild des Normalbürgers/der Normalbürgerin.

2. Gewalt als legitimes Mittel:

- durch tatsächliche Gewaltanwendung als Interessendurchsetzung,
- historisch bedingt (Gewalt im Krieg ist legitimiert).

3. Vershobene Wertvorstellungen der Gesellschaft:

- große Gewaltakzeptanz,
- Gewalt hat starken Unterhaltungswert.

4. Gewaltbereitschaft wird sehr früh durch ein gestörtes Aufwachsen der Kinder gefördert:

- durch eine simulierte Erlebniswelt durch Medien und Computerspiele,
- durch eigene Erfahrungen mit körperlicher und seelischer Gewalt,
- durch Leistungsüberforderung und zu wenig gefördertes Sozialdenken,
- durch Isolation der Kinder und dadurch gestörte Kommunikation,
- durch Kreativitäts- und Motivationsschwächung; Freizeitleerlauf als Folge der simulierten Erlebniswelt.

5. Komponenten wie

- enge Wohnverhältnisse,
- Alkoholkonsum,
- finanzielle Nöte,
- eigene Gewalterfahrungen in der Kindheit,
- rigide Erziehungsvorstellungen,
- Idealisierung der Mutterrolle

begünstigen die Gewaltbereitschaft.

Speziell auf die Familie bezogen entstehen Spannungen, die sich meist in Form von körperlicher Gewalt äußern. Damit entzieht man sich einer mentalen Auseinandersetzung in der Familie. Das Familienoberhaupt, der Vater, setzt seine Meinung notfalls auch mit Gewalt durch.

Gerade für die Mütter, die sich etwa 90 Prozent der Zeit mit den Kindern beschäftigen, bleibt wenig Freiraum, weil es zu wenig Möglichkeiten für Eltern/Mütter gibt, wo sie ihre Kinder für einige Stunden in Obhut geben können; außerdem ist dies auch häufig verpönt („Rabenmütter“).

Auch angestaute Probleme, die nicht richtig verarbeitet werden, können zu plötzlich auftretender Gewalt führen.

Bis jetzt gibt es in der Stadt Hamburg mehrere Vereine, die sowohl den Opfern als auch den Tätern Hilfe anbieten.

Wir haben zum Bereich der Gewalt in der Familie Vertreter des Kinderschutzbundes und des Vereins „Männer gegen Männergewalt“ eingeladen und uns über ihre Arbeit informiert.

Der Aufgabenschwerpunkt aller Organisationen liegt in der Nachsorge bereits verübter Gewalttaten. Der Kinderschutzbund teilt dies in drei Bereiche:

Die Selbstmelder

Mütter und vereinzelt auch Väter, die ihre Kinder mißhandeln und die erkennen, daß dies ein Problem darstellt, bekommen Unterstützung im Umgang mit ihren Kindern, z. B. in Form von Therapien. Kinder als Selbstmelder sind dagegen wenig bekannt (ca. 20 pro Jahr).

Die Fremdmelder

Verwandte oder Nachbarn, die eine Kindesmißhandlung vermuten. In diesem Fall wird über die „anzeigende Person“ Kontakt zur Familie aufgenommen.

Angebot von Fachberatungen für LehrerInnen, TherapeutInnen und ÄrztInnen.

Besonderes Problem bei der Hilfe sind gerade die total überlasteten Häuser für mißbrauchte und vergewaltigte Mädchen und Frauen. Die vorhandenen Möglichkeiten müssen hier besser finanziell abgesichert und schnell neue Frauenhäuser geschaffen werden. Aber auch männlichen Tätern und Opfern fehlen pädagogische Hilfen und auch eigene Häuser.

Aus diesem Auszug der Untersuchung der Gewalt in unserer Gesellschaft ergeben sich folgende Forderungen:

Die Organisationen und Vereine, die sich mit dem Themenbereich „Gewalt“ befassen, Hilfe leisten und für Aufklärung sorgen, sind von der Bürgerschaft in *ausreichendem Maße* zu unterstützen.

Weiterhin fordern wir:

- die Durchsetzung des Vorschlages im Deutschen Bundestag zur Neufassung des § 1631 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch. Dieser Vorschlag lautet: „Kinder sind gewaltfrei zu erziehen. Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen, insbesondere Körperstrafen und seelisch verletzende Sanktionen sind unzulässig.“
- die Einrichtung von mehreren Kinderhäusern in verschiedenen Stadtteilen. Kinder, die Opfer von Gewalttaten durch Eltern geworden sind, sollen dort im Notfall Obhut, Schutz und fachliche Betreuung finden.
- „Streetworker“ für Kinder und Jugendliche.
- Änderung der Lebensbedingungen, insbesondere in sozialen Brennpunkten.
- Beschäftigung mit dem Thema in sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen u. ä.).
- Überprüfung des Sexualstrafrechts.

Umwelt

Bewußt ist uns, daß Umweltschutz politische, wirtschaftliche und individuelle Aspekte hat. Wegen starker wirtschaftlicher Widerstände kneifen die politisch Verantwortlichen vor einschneidenden Entscheidungen. Wir fordern, daß die Politikerinnen und Politiker mehr Rückgrat in der Frage des Umweltschutzes beweisen, sind uns aber auch bewußt, daß jeder einzelne seinen Beitrag leisten muß.

Grüner Punkt

1. Müllvermeidung. Sowenig Verpackungen wie möglich verarbeiten.
2. Förderung der Mehrwegverpackungen, z. B. Konserven im Glas.
3. Reformierung des grünen Punktes
 - a) Erschwerte Vergabe des grünen Punktes.
 - b) Der grüne Punkt darf nur an leicht wiederverwertbare Stoffe ausgegeben werden, bei denen die Erfassung gewährleistet ist, z. B. Kunststoffe.
 - c) Verbot schwer wiederverwertbarer Stoffe.
4. Langfristig muß die Einwegverpackung abgeschafft werden.

Schule

Wir fordern, daß in der Schule mehr auf Umweltprobleme aufmerksam gemacht wird. Die Initiative dazu soll auf Anraten der LehrerInnen von den SchülerInnen selbst ergriffen werden. Umweltschutz soll fester Bestandteil der Lehrpläne Chemie, Biologie und Erdkunde werden. Außerdem sollte jedeR SchülerIn im Laufe seiner/ihrer Schulzeit mindestens einmal an einer Projektwoche „Umweltschutz“ teilnehmen, in der er/sie das Gelernte in der Praxis anwenden soll.

Es sollen jeweils Umweltschulgemeinschaften eingerichtet werden, die folgendes behandeln sollen:

- Patengrundstücke,
- Außen- und Innenbegrünung,
- Mülltrennung (Glas, Aluminium, organischer Abfall usw.), bei der auch auf getrennte Entsorgung geachtet werden soll,
- Altpapier.

Ein weiterer Punkt ist die Forderung nach dem Ausbau des Fahrradverkehrsnetzes, der dringend erforderlich ist, damit eine Alternative zum Auto geboten wird. Die Schaffung ausreichender und genügend gesicherter Fahrradständer ist dabei ein wesentlicher Punkt.

Schule

Grundlinien für die Schule von morgen

Schulform

- Sechs Jahre Grundschule,
- vier Jahre Sekundarstufe I, danach erster Schulabgang möglich,
- drei Jahre Sekundarstufe II, danach zweiter Schulabgang möglich,
- integrierte Gesamtschule für alle, zwecks Chancengleichheit und Integration aller Schülerinnen und Schüler, entsprechend dem Vorbild europäischer Schulformen (also wie in den

Nachbarländern, z. B. Frankreich und England).

Das Angebot der Ganztagschule muß bestehen, da die Rolle der Familie als Rückhalt für den einzelnen in unserer Gesellschaft abnimmt und so jedem das betreute, breitgefächerte Freizeitangebot der Schulen einen solchen Rückhalt bieten sollte.

Unterrichtsform

Die Prinzipien des offenen Unterrichts entsprechen dieser Schulform am besten. Dazu gehören Teamarbeit, LehrerIn als Ratgeber (nicht nur als ModeratorIn), individuelle Wochenpläne ausgerichtet auf die Bedürfnisse der einzelnen Kurse und Plenumsveranstaltungen (z. B. Vorträge für große Kreise zur allgemeinen Kostenbeschränkung).

Dies alles soll Teamgeist, Verantwortung, selbständiges Handeln und Sozialisation fördern.

Um dieser Unterrichtsform gerecht zu werden, muß das herkömmliche Bewertungssystem durch Berichte und Berichtszeugnisse ersetzt werden. Wir wollen eine Schule ohne Leistungsdruck und Selektion, die den persönlichen Neigungen der SchülerInnen gerecht wird und nicht auf deren Verwertbarkeit ausgerichtet ist. Auch in der Berufswelt wird man mit Berichtsbeurteilungen konfrontiert.

Hieraus ergibt sich, daß der pädagogische Teil der LehrerInnenausbildung größere Priorität erlangen muß.

Uns ist bewußt, daß es sich hier um ein relativ teures Schulsystem handelt, doch die Mißstände in der Bildung rechtfertigen unserer Meinung nach diese Ideen und Forderungen.

Forderungen, die sich aus der Arbeit des Schulausschusses ergeben:

1. Mitbestimmungsrechte ausbauen

Als Grundlage für eine funktionelle Schule, die Schülerinnen und Schülern Spaß macht, ist eine umfassende Demokratisierung notwendig. Wir wollen sicherstellen, daß alle Gruppen, die an Schule beteiligt sind (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer), die gleichen Mitspracherechte bekommen. Deshalb muß der Einfluß der SV-Gremien gesteigert und die Schulkonferenz zu einem wirklichen Entscheidungsgremium gemacht werden, in denen die Schülerinnen und Schüler nicht von den Eltern und Lehrerinnen und Lehrern überstimmt werden können.

Deshalb fordern wir eine Fünfzig-fünfzig-Parität in der Schulkonferenz und eine beratende Stimme für die Eltern.

Wir fordern ebenfalls ein stärkeres Mitspracherecht für die SchülerInnenkammer. Anzudenken wäre z. B. ein Vetorecht bei grundlegenden Entscheidungen der Behörde.

Außerdem lehnen wir den sogenannten Elternwillen in der Wahl der Schulform ab. Schülerinnen und Schüler sollten selber die Möglichkeit haben, über ihre (schulische) Zukunft zu entscheiden. Deshalb sollten alle Schülerinnen und Schüler bis zum Erreichen eines entscheidungsfähigen Alters eine gemeinsame Schule besuchen.

2. Zur Realisierung der Gesamtschule

Folgende Schritte sind einzuleiten:

- RückläuferInnen aus dem dreigliedrigen Schulsystem werden an Gesamtschulen nicht aufgenommen.
- Der Ausbau der Integrierten Gesamtschule (IGS) erfolgt nicht nur durch den Wegfall von Haupt- und Realschulen, sondern verstärkt durch die Schließung von Gymnasien.
- Ein Schulsystem nur mit Gymnasium und Gesamtschule lehnen wir ab.
- Neue Gesamtschulen werden als Ganztagesstadtteilschulen eingerichtet.
- Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern muß in pädagogischer Hinsicht verbessert werden.
- Weitere Modelle einer Zusammenführung von beruflicher und allgemeiner Bildung würden wir begrüßen.

3. Um die aktuelle Situation an allen Schulen zu verbessern, fordern wir den Senat auf:

- Einstellung von bedeutend mehr Lehrerinnen und Lehrern,
- die teilweise katastrophale bauliche Situation an den Schulen zu verbessern,
- die Lehr- und Lernmittel auf den neuesten Stand zu bringen und neue Materialien, wie z. B. Computer und Videogeräte, anzuschaffen,
- die Integration Behinderter auszudehnen und mindestens den Schulen, die Behinderte integrieren wollen, dazu die Möglichkeit zu geben,
- mehr Ganztagschulen einzurichten,
- mehr Mittel für die Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stellen,
- die Arbeit der SchülerInnenvertretung finanziell abzusichern,
- ein wirksames SchülerInnen-BAföG einzuführen und
- mehr Mittel für sozialpädagogische und schulpсихologische Begleitung insbesondere an integrierten Schulen in sozialen Brennpunkten zur Verfügung zu stellen.

Politik

1. Einfluß- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik

- Mitarbeit im Parlament
- sich an PolitikerInnen wenden
- Besuch öffentlicher Anhörungen
- Teilnahme an Demonstrationen
- aktive und passive Wahl
- Petitionsausschuß.

2. Möglichkeiten der Information

- Bekanntmachen der Möglichkeit, sich Informationen durch die Landeszentrale für politische Bildung zu holen
- Informationen von und über die Parteien; nicht nur von den Parteien selber.

3. BürgerInnen-Nähe

- Berufs- und ZeitparlamentarierInnen sollen auf Zeit einen sozialen oder auch handwerklichen Beruf der unteren Lohngruppe ausüben, um dadurch vielleicht eine Möglichkeit zu finden, etwas BürgerInnen-Nähe zu erreichen.
- Über wichtige Themen kann per Volksentscheid über die Bürgerschaft hinaus entschieden werden.
- „Politische Streetworker“; sie sollen die BürgerInnen-Nähe an den/die BürgerIn heranbringen, weil durch die Informationsüberflutung das Interesse durch Flugblätter usw. nicht mehr geweckt werden kann.

4. Macht

- PolitikerInnen werden (un)mittelbar durch Kirche, Wirtschaft und Wissenschaft beeinflusst.

Bitte an die Bürgerschaft

Wiederholung des Projektes „Jugend im Parlament“ mit folgenden Änderungen:

- a) Verlängerung der Veranstaltung mit einer Freistellungspflicht für die jeweiligen Dienstherrnen/-frauen; ggf. Angebot als Bildungsurlaub.
- b) Möglichkeiten der Teilnahme an Sitzungen von bürgerschaftlichen Ausschüssen.
- c) Die Ausschüsse des Jugendparlamentes sollten den Ausschüssen der Bürgerschaft thematisch nachgebildet werden.
- d) Die Ergebnisse des Jugendparlamentes sollen mit denen der Bürgerschaft kurzgeschlossen werden und möglichst zu einer Synthese / einem Kompromiß führen.
- e) Die Möglichkeit zur freien Themenwahl sollte weiterhin gewährleistet bleiben.

Medien

Wenn wir im folgenden von Medien sprechen, meinen wir journalistische Medien, im Sinne von Rundfunk, Printmedien und Fernsehen.

Wir Jugendlichen werden von den Medien nur noch zu KonsumentInnen degradiert.

Um diese Situation zu verbessern, fordern wir folgendes:

- Einrichtung einer Jugendpressestelle im Rathaus: Jugendkollektiv schreibt einmal in der Woche für Jugendliche über aktuelle politische Ereignisse,
- zwei JugendvertreterInnen aus jedem Bundesland im Rundfunkrat,
- Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Jugendmediums,
- Bevorzugung bürgerInnennaher Radiosender bei der Vergabe von Frequenzen.

Erläuterungen zu den Forderungen des Medien-Ausschusses

Durch die Einrichtung einer Jugendpressestelle im Rathaus wollen wir eine Verbindung schaffen, deren Aufgabe z. B. darin besteht, regelmäßig in Print- und Radiomedien mit Kommentaren und Beobachtungen über aktuelle Politik aus der Sicht der Jugend und jugendgemäß zu berichten. Diese Einrichtung soll die Präsenz und gleichzeitig das Interesse der Jugendlichen zeigen.

Gleichzeitig muß die Jugend mehr Gewicht im Rundfunkrat erhalten, um mehr Einfluß auf die Programmgestaltung zu erlangen.

Das zu schaffende Jugendmedium sollte nicht im rein kommerziellen Sinne aufgebaut werden, sondern der Zielsetzung folgen, die Jugend über politische Zusammenhänge zu informieren, politisches Interesse zu wecken, und zwar durch eine abwechslungsreiche, lockere Gestaltung. Die aktive Teilnahme muß dabei gewährleistet werden.

Durch die Bevorzugung bürgerInnennaher Radiosender bei der Frequenzvergabe durch die HAM bestünde die Möglichkeit, Radioprogramme nicht nur nach rein kommerziellen Interessen auszurichten, da diese Sender nicht nach hohen Einschaltquoten schielen müßten.

Verkehr

Die Verkehrssituation in Hamburg steuert zunehmend auf einen Verkehrsinfarkt zu.

Die derzeitige Bevorteilung des Autos vor Bahn und Fahrrad in unserer Gesellschaft führt dazu, daß die BürgerInnen die Mobilität des Autos bevorzugen, anstatt die ökonomischen und ökologischen Vorteile des Fahrrades zu nutzen. Es gilt daher, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten.

Aus der derzeitigen Lage erkennt man eine zunehmende Dezentralisierung der Wohn- und Wirtschaftsbereiche in Hamburg. Daraus erkennen wir, daß eine Ringverbindung zwischen den neu entstehenden Zentren zwingend notwendig ist. Kurzfristig sollte der Ring durch Buslinien eingerichtet, mittelfristig mit Busspuren ausgestattet und langfristig durch eine U-Bahn-Linie ersetzt werden.

Den Bussen und Fahrrädern muß zusätzlich Platz auf der Straße in Form von Bus- und Fahrradspuren geschaffen werden, um die Attraktivität dieser Verkehrsmittel zu erhöhen. Dazu gehört ebenfalls der Ausbau des Streckennetzes, vorzugsweise die Verlängerung von vorhandenen Linien.

Um die Bahn ansprechender zu gestalten, müssen eine Reihe von Veränderungen vorgenommen werden. Zumindest am Wochenende sollten die S- und U-Bahnen im Halbstunden-Takt nachts durchfahren. In dieser Zeit sollten, aus Gründen der Sicherheit, nur zwei Waggons zur Verfügung stehen. Zur Auslastung dieses Angebotes fordern wir die Einführung einer verbilligten Abendkarte.

Um den Komfort der Bahn zu steigern, sollten Unterhaltungsangebote, wie z. B. Straßenbands, geduldet werden.

Wir halten es für unverantwortbar, daß der Abbau von Bahnhofspersonal weiter vorangetrieben wird. Ein Projekt zum Ausbau der Sicherheit könnte nach Vorbild der PVG (Pinneberger Verkehrsgesell-

schaft) ein flexibler Busstopp am Straßenrand sein.

Wir halten es für dringend notwendig, daß die P+R-Plätze speziell in den Umlandgemeinden ausgebaut werden, um den PendlerInnen das Umsteigen zu erleichtern.

Das Fahrrad könnte in Zukunft einen Großteil des Stadtverkehrs ablösen. Dazu ist der Ausbau und die Verbesserung des Fahrradstraßennetzes notwendig.

Damit mehr Personen auf den ÖPNV umsteigen, müssen die verbilligten Großkundenabonnements ausgeweitet werden. Firmen müssen verpflichtet werden, eine bestimmte Quote abzunehmen.

Studentinnen und Studenten sollten die Möglichkeit haben, kostenlos den ÖPNV zu nutzen. Hierfür sollte eine für 80 DM erhöhte Semestergebühr verlangt werden.

Die Kosten für die Schäden, die durch das Auto angerichtet wurden und werden, müssen durch eine Mineralölsteuererhöhung ausgeglichen werden.

Zur weiteren Verringerung muß über verschiedene Modelle (autofreie City) nachgedacht werden. In Zukunft muß es darum gehen, ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsmittel zu ermöglichen.